

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 21. September 2016

Haushalt 2017

Die Landesregierung hat den Haushalt 2017 eingebracht. Er hat ein Volumen von insgesamt rund 72 Milliarden Euro. Im Plenum folgte eine kontroverse Debatte über Einnahmen und Ausgaben. S. 3

Integration

Die Integration von Flüchtlingen stand erneut im Mittelpunkt einer Debatte im Plenum. Hintergrund war der von Rot-Grün vorgelegte „Integrationsplan für NRW“. Die Opposition übte Kritik. S. 5

Jung und gefährlich

Soll der Verfassungsschutz Daten von unter 16-Jährigen speichern, wenn sie extremistischer Bestrebungen verdächtig sind? Landesregierung und CDU meinen: ja. Fachleute nahmen Stellung. S. 7-9

Bürgerbegegnung

Der Landtag ist das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Bei den Tagen der offenen Tür brachten rund 30.000 Menschen dies eindrucksvoll zum Ausdruck. Der Landtag zeigte sich bunt und vielseitig. S. 14-15

Jahre Demokratie



Der Landtag feiert Geburtstag

Nach den Sommerferien ist der nordrhein-westfälische Landtag wieder ins politische Tagesgeschäft gestartet. Damit meldet sich auch Landtag Intern zurück aus der Sommerpause.

Mitte April hatten mutmaßlich jugendliche Islamisten einen Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen verübt. Auch Monate nach der Tat beschäftigt sich die Landespolitik weiter mit möglichen Konsequenzen. In einer Anhörung im Innenausschuss haben Fachleute kontrovers über die Altersgrenze beraten, ab der Daten über jugendliche Extremisten gespeichert werden dürfen. Bislang ist dies erst ab dem vollendeten 16. Lebensjahr möglich. Die CDU-Fraktion und die Landesregierung schlugen in ihren Gesetzentwürfen vor, die Grenze um zwei Jahre herabzusetzen. Der Entwurf der Landesregierung wurde am 14. September vom Landtag verabschiedet. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 4 und 7 bis 9.

An den ersten drei Plenartagen nach der Sommerpause standen viele aktuelle Themen auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten diskutierten u. a. über den Haushalt 2017 und die Integration von Flüchtlingen.

Für viele von uns ist die Existenz unseres Bundeslandes und seines Parlaments selbstverständlich. Dabei ist die Geschichte von Land und Landtag gerade mal 70 Jahre alt. Das haben wir in NRW in den vergangenen Wochen gemeinsam gefeiert. In der Düsseldorfer Tonhalle gab es einen großen Festakt mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Seiner

Königlichen Hoheit Prinz William als Ehrengästen (Seiten 10 und 11). Wenige Tage später stand dann der NRW-Tag ganz im Zeichen des Jubiläums und auch der Landtag öffnete seine Türen: Am wohl heißesten Wochenende des Jahres strömten rund 30.000 Besucherinnen und Besucher in das Parlamentsgebäude (Seiten 14 und 15).

Geschichte hautnah miterlebt

In unserer Jubiläumsreihe lesen Sie zudem ein Interview mit dem Vizepräsidenten des Landtags Eckhard Uhlenberg. Als Abgeordneter hat er mehr als drei Jahrzehnte Landtagsgeschichte erst im Ständehaus und dann im heutigen Landtagsgebäude hautnah miterlebt (Seiten 12 und 13). Insgesamt hat das NRW-Parlament in den vergangenen 70 Jahren an vier unterschiedlichen Standorten getagt: neben dem Landtag am Rhein und dem Ständehaus auch drei Jahre lang provisorisch in einem Theaterraum des Henkel-Konzerns. Zu ihrer ersten Sitzungen nach dem Krieg trafen sich die Abgeordneten am 2. Oktober 1946 einmalig im Düsseldorfer Opernhaus. Diesen Moment würdigt der Landtag mit einem Festakt am 5. Oktober 2016 im Plenarsaal, und die Gewinner des Landtagsquiz sind live dabei (Auflösung auf Seite 20). Herzlichen Glückwunsch!

Landtag Intern wünscht viel Freude beim Feiern und Lesen! *bra*



Titelthema: 70 Jahre Nordrhein-Westfalen

Prinz William als Ehrengast	10-11
Im Interview: Vizepräsident Uhlenberg	12-13
30.000 bei den Tagen der offenen Tür	14-15
Die Gewinner des Landtag-Intern-Quiz	20

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Freitag, 16. September 2016, 11 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Diskussion um Haushalt 2017	3
Meldungen	4
Integrationsplan NRW beschlossen	5

Gesetzgebung	6
---------------------------	---

Schwerpunkt

Datenspeicherung schon ab 14 Jahren?	7
Standpunkte	8-9

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

Meldungen	18
------------------------	----

Forum

Im Porträt: Jens Geyer (SPD)	19
Präsidentin besucht Gedenkstätten	19
Kurz notiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Diskussion um Haushalt 2017

Landesregierung bringt Etatentwurf ins Parlament ein

15. September 2016 – Die Landesregierung hat den Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 ins Parlament eingebracht. Er hat ein Volumen von rund 72,3 Milliarden Euro. Die Nettoneuverschuldung soll um rund 200 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro sinken. Die Opposition nutzte die Debatte zu einer Generalabrechnung mit der Politik der Landesregierung. Rot-Grün wies die Kritik zurück.

Der Entwurf ([Drs. 16/12500](#)) sieht Ausgaben in Höhe von rund 72,3 Milliarden Euro vor, rund 2,4 Milliarden Euro mehr als 2016. Die Steuereinnahmen werden auf rund 55 Milliarden Euro geschätzt. Mit beraten wird das Gemeindefinanzierungsgesetz. Es sieht Zuweisungen des Landes an die Kommunen in Höhe von rund 11 Milliarden Euro vor – rund 177 Millionen mehr als 2016.

Die aktuell gute Einnahmesituation wird laut Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) für Investitionen und für den Abbau der Nettokreditaufnahme auf Null bis zum Jahr 2020 genutzt. Der „Wettlauf um die schwarze Null“ sei kein Wert an sich. In Zeiten niedriger Zinsen sollten Investitionen vor allem für Bildung, Sicherheit und Infrastruktur getätigt werden, sagte er. Allein 2017 würden für Bildung gut 29

Milliarden Euro in die Hand genommen. Zur Diskussion auf Bundesebene um Steuererleichterungen argumentierte Walter-Borjans, „konjunkturell bedingte Rekordergebnisse“ seien kein Anlass für dauerhafte Steuersenkungen.

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) nutzte die Debatte zur Kritik an der Arbeit der Landesregierung in den vergangenen sechs Jahren. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) sei mit ihrem Ziel, kein Kind zurückzulassen, gescheitert: Heute seien 36.500 Kinder mehr von Armut betroffen als im Jahr 2010, sagte Laschet. „Die Schulden haben Sie gemacht, aber den Kindern geht es schlechter als zu Beginn Ihrer Amtszeit.“ Die Neuverschuldung sei trotz niedriger Zinsen und sprudelnder Steuereinnahmen hoch. Laschet warf der Regierung vor, nur in Modellprojekte zu investieren, aber keine Problemlösungen für das Land zu haben.

Laschet habe ein Zerrbild von NRW gezeichnet, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende [Norbert Römer](#). Er betonte, es gebe positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, und bezeichnete Nordrhein-Westfalen als „Investitionsstandort Nummer eins“, „Gründerland Nummer eins“, „digitale Nummer eins“ und „Zukunftsregion Nummer eins“, letztere sogar in Europa. Ein Problem sei die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in einigen Großstädten. Präventionsprogramme änderten nichts an schlechten Jobchancen von Langzeitarbeitslosen, gestand er zu – aber die Programme sollten verhindern, dass es deren Kindern einmal genauso ergehe.

„Natürlich ist Nordrhein-Westfalen ein starkes Land, aber es hat eine schlechte Regierung“, erwiderte FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#). Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) habe bei Amtsantritt erklärt, sie wolle sich daran messen lassen, ob sie das Leben der Bürgerinnen und Bürger besser mache. Kraft sei an ihrem eigenen Anspruch gescheitert. Lindner kritisierte, die Ministerpräsidentin kultiviere einen „resignativen, ambitionlosen Politikstil“. Als Beispiele nannte er die Verkehrs-, Digitalisierungs-

und Haushaltspolitik. „Sie schieben die schwarze Null wie eine Bugwelle vor sich her.“ In der Bildungspolitik drohe Schiffbruch.

Der Haushalt 2017 sei ein „Meilenstein für Integration“, sagte GRÜNEN-Fraktionschef [Mehrdad Mostofizadeh](#). Allein die Kosten zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge schlugen mit rund 4 Milliarden Euro zu Buche. Davon trage der Bund „gerade einmal ein Viertel“. Die Schuldenbremse werde erreicht – im Jahr 2020 könne planmäßig mit dem Abbau der Altschulden begonnen werden. „Unsere Haushaltspolitik ist konsequent“, sagte Mostofizadeh. Den Kommunen habe man mit einem umfassenden Paket „wieder Luft zum Atmen verschafft“ und die Zuwendungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz deutlich erhöht.

„Armut wird vererbt“

[Michele Marsching](#), Vorsitzender der PIRATEN-Fraktion, wies auf einen Anstieg der Kinderarmut hin. Dies passe nicht zur Devise der Landesregierung „Kein Kind zurücklassen“. In Gelsenkirchen wüchsen 40 Prozent aller Mädchen und Jungen in Armut auf. Die „Achse der Abgehängten“ verlaufe mitten durch Nordrhein-Westfalen; Armut werde mittlerweile vererbt. Marsching hielt der Landesregierung vor, die Digitalisierung zu „verschlafen“. Politik habe vor allem ältere Menschen im Blick, die Interessen junger Leute würden nicht genug beachtet. Er forderte u. a. eine „massive Erhöhung des Bildungsetats“.

Der fraktionslose Abgeordnete [Daniel Schwerd](#) sprach ebenfalls das Thema Kinderarmut an. Schuld daran sei Hartz IV als „staatlich verordnete Armut“.

Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD) erwiderte, einer Steigerung bei der Kinderarmut stehe eine um ein Vielfaches höhere Steigerung an zugewanderten Kindern gegenüber. Zur weiteren Kritik aus der Opposition sagte sie: „Wir haben einen klaren Plan.“ Um die Wirtschaft zu stärken, Sorge die Landesregierung für Verlässlichkeit, Akzeptanz und Innovationsfähigkeit. Jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt fließe in Kinder, Bildung und Familie. Unter den Punkt „Lebenswert“ fasste Kraft unter anderem Steuergerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen sowie eine Stärkung des ländlichen Raums. *sam, sow, zab*

Foto: Schälte





Nachtragsetat

14.9.2016 – Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD, GRÜNEN und des fraktionslosen Abgeordneten Gerd Stüttgen hat der Landtag den zweiten Nachtragshaushalt 2016 ([Drs. 16/12117](#), [16/12913](#), [16/12914](#)) der rot-grünen Landesregierung beschlossen. Die Fraktionen von CDU, FDP, PIRATEN und der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd stimmten dagegen. Der Etat sieht Mehrausgaben von rund 550 Millionen Euro vor, insbesondere zur Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen. Die Nettoneuverschuldung bleibt bei 1,8 Milliarden Euro, das Haushaltsvolumen steigt auf rund 69,9 Milliarden Euro.

Verfassungsschutz

14.9.2016 – Der Landtag hat mehrheitlich eine Änderung des NRW-Verfassungsschutzgesetzes beschlossen. Künftig ist es u. a. möglich, Erkenntnisse über extremistische Jugendliche bereits ab dem Alter von 14 Jahren zu speichern. Bisher war dies erst vom vollendeten 16. Lebensjahr an erlaubt. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/11892](#)) stimmten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Dagegen waren CDU, FDP, PIRATEN sowie der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd. Die CDU-Fraktion hatte einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes ([Drs. 16/11892](#)) eingebracht und ebenfalls eine Absenkung der Altersgrenze auf 14 Jahre gefordert. Ihr Entwurf wurde mehrheitlich abgelehnt. In beiden Gesetzentwürfen wurde darauf hingewiesen, dass vor allem unter potenziellen Islamisten zahlreiche Minderjährige seien. Den Anschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen hatten mutmaßlich Jugendliche aus dieser Szene verübt. Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 7 bis 9.

Islamistischer Terror

15.9.2016 – Die CDU-Fraktion hat in einem Antrag ([Drs. 16/12835](#)) Möglichkeiten zur

Bekämpfung des islamistischen Terrors vorgeschlagen. Sie fordert u. a., dass der Verfassungsschutz mehr Möglichkeiten wie zum Beispiel Online-Datenerhebung oder akustische Wohnraumüberwachung erhalten soll. Als weitere Maßnahmen der Prävention soll ein „Digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen“ aufgebaut werden, mit dem virtuelle Spuren von Tatvorbereitungen im Internet erkannt und aufgeklärt werden sollen. Um auf Terroranschläge vorbereitet zu sein, soll die Polizei nach Ansicht der CDU regelmäßige Anti-Terror-Einsätze mit der Bundeswehr üben und mehr Spezialeinheiten gründen. Außerdem sollen die Spezialkräfte eine bessere Ausrüstung erhalten. Der Antrag wurde zur Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

Olympia-Bewerbung

15.9.2016 – Der Landtag hat sich mit einer möglichen nordrhein-westfälischen Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2028 befasst. Anlass waren Anträge der Fraktionen von CDU ([Drs. 16/12792](#)) und FDP ([Drs. 16/12851](#)). Beide hatten einen Vorschlag des Sportmanagers Michael Mronz aufgegriffen, der eine Bewerbung der Region Rhein-Ruhr angeregt hatte. In der Tat bietet Nordrhein-Westfalen „ideale Basisvoraussetzungen“ für sportliche Großveranstaltungen, hieß es im Antrag der CDU. Olympische Spiele wären ein „riesiger Imagegewinn für unser Bundesland“, eine Bewerbung würde zudem „neue Impulse in der Stadtentwicklungs- und Infrastrukturpolitik freisetzen“. Die FDP-Fraktion sprach von einem „enormen Schub für das Sportland NRW“. Das Land hätte darüber hinaus die Chance, für sich als „Lebens- und Wirtschaftsstandort“ zu werben. Beide Fraktionen hielten es für dringend geboten, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einzubinden. Die Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Sportausschuss überwiesen.

Breitbandausbau in NRW

16.9.2016 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Breitbandausbau für schnelles Internet befasst. Der Debatte lag ein Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/12903](#)) zugrunde.

Das Bundesverkehrsministerium habe in der vergangenen Woche 116 Förderbescheide zum Breitbandausbau mit einem Gesamtvolumen von 904 Millionen Euro vergeben, sagte [Hendrik Wüst](#) (CDU). Nur drei Bescheide mit einem Volumen von insgesamt 25 Millionen Euro seien nach NRW gegangen.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) habe die Förderkriterien so festgelegt, dass NRW kaum Chancen auf mehr Geld gehabt habe, sagte [Alexander Vogt](#) (SPD). Entscheidung seien u. a. eine geringe Bevölkerungsdichte und die Zahl langsamer Internetanschlüsse gewesen.

Die Landesregierung habe es versäumt, die NRW-Kommunen bei der Einwerbung von Fördermitteln zu unterstützen, kritisierte [Ralph Bombis](#) (FDP). Zudem hätte sich das Land „in angemessener Weise“ an der Breitbandförderung des Bundes beteiligen sollen, sagte er.

NRW sei in dem Förderprogramm des Bundes strukturell benachteiligt gewesen, entgegnete [Matthi Bolte](#) (GRÜNE). Er versprach: „Das Land bleibt bei seinen Investitionszusagen. Wir investieren bis 2018 eine halbe Milliarde Euro in die Breitbandnetze.“

[Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN) sprach von einer „herben Niederlage für Nordrhein-Westfalen“ bei der Verteilung der Fördergelder des Bundes. Er kritisierte, nur „zäh fließende Datenadern“ durchzögen das Land, und forderte einen Neustart in der Breitbandpolitik.

[Wirtschaftsminister Garrelt Duin](#) (SPD) sagte, Nordrhein-Westfalen sei mit 78 Prozent Abdeckung das führende Land der Flächenländer. Und NRW sei das erste Bundesland, das sich das Ziel des „flächendeckenden Glasfasernetzbaus“ gesetzt habe.

Integrationsplan NRW beschlossen

Landtag debattiert kontrovers über Konzepte in der Flüchtlingspolitik

14. September 2016 – Im vergangenen Jahr sind rund 329.000 Asylsuchende nach Nordrhein-Westfalen gekommen. In diesem Jahr waren es nach Angaben des Innenministeriums bislang rund 79.700 (Stand 4. September). Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag nun den „Integrationsplan für NRW“ beschlossen. CDU, FDP und PIRATEN stimmten dagegen.

Verabschiedet wurde zudem eine Resolution zu grundsätzlichen Zielen der Flüchtlingspolitik im Land. Die Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN waren für die Resolution, FDP und PIRATEN dagegen. Grundlage der Debatte im Plenum war der von SPD und GRÜNEN vorgelegte Antrag „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW“ ([Drs. 16/11229](#) und [16/12382](#)). Wesentliche Eckpunkte darin sind u. a. Sprach- und Integrationskurse, Bildung und Ausbildung, Kinderbetreuung und sozialer Wohnungsbau. In der Resolution ([Drs. 16/12915](#)) heißt es u. a.: „Grundlegendes Ziel unserer Integrationspolitik ist ein friedliches Zusammenleben aller Menschen unseres Landes in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.“

„Der Weg zur Integration ist lang, aber die Zeitspanne, um sie auf einen erfolgreichen Weg zu bringen, nur kurz“, erklärte SPD-Fraktionschef **Norbert Römer**. Der Integrationsplan weise genau diesen Weg. Alle Zugewanderten, die auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassten, gäben dem Land

ein Stück Wirtschaftskraft zurück, das durch den demografischen Wandel verloren gehe, sagte Römer. Notwendig sei aber die Akzeptanz aller hier geltenden politischen Grundwerte. Zum parlamentarischen Dissens in Einzelfragen sagte Römer: „Wir streiten uns ja nicht über das Ziel der Integration, sondern über die Wege dorthin.“

„Aufstieg durch Bildung“

Armin Laschet, Fraktionsvorsitzender der CDU, erklärte: Da Integration eine Querschnittsaufgabe sei, gehörten in den Maßnahmenplan von der Schul- bis zur Wirtschaftspolitik alle Politikfelder. Da hätten die Fraktionen generell unterschiedliche Vorstellungen. Klar sei aber: Das Parlament stehe zusammen für das Ziel – egal ob acht Monate oder zwei Tage vor der nächsten Landtagswahl. „Aufstieg durch Bildung“ gelte seit 50 Jahren. Laschet erinnerte an das „Wirtschaftswunder, das ohne die Millionen von Gastarbeitern nicht möglich gewesen wäre“. NRW sei geprägt von einer „Aufstiegsgeschichte für die, die sich anstrengen“.

Der Plan sei ein „großes Pfund“ für die Integrationspolitik, sagte GRÜNEN-Fraktionschef **Mehrdad Mostofizadeh**. Man habe mit ihm „schnell und umfassend auf die großen Herausforderungen reagiert“, die aus der Flüchtlingsaufnahme entstanden seien. Integrationspolitik sei eine Querschnittsaufgabe, „entsprechend breit und komplex“ sei man die Sache angegangen: „Wir orientieren uns am Grundgesetz und seinem Leitbild des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in einer offenen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.“ Es gehe um Toleranz und wechselseitigen Respekt.

Das Bekenntnis zur humanitären Verantwortung sei für die FDP eine Selbstverständlichkeit, sagte Fraktionsvize **Dr. Joachim Stamp**. Allerdings sei dazu keine Resolution erforderlich, „in der zum Teil Selbstverständlichkeiten stehen, zum Teil aber auch Dinge, die schlichtweg nicht stimmen“. So habe der „Wille zur Einigkeit“ die Fraktionen eben nicht geleitet; in den Verhandlungen habe es „kein Entgegenkommen“ gegeben. „Parolen ersetzen keine Politik“, sagte er. Die FDP stehe „nicht als Kulisse für falsche Integrationspolitik zur Verfügung“. Stamp forderte u. a. mehr Verbindlichkeit.

Simone Brand (PIRATEN) forderte ein „eigenständiges Ministerium für Integration, Flucht



Dr. Joachim Stamp (FDP)



Simone Brand (PIRATEN)



Rainer Schmelzter (SPD)



Norbert Römer (SPD)



Armin Laschet (CDU)



Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Fotos: Schälte

und Einwanderung“, das unter anderem dafür verantwortlich sein solle, menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen. Vor allem müssten weitere Sozialwohnungen gebaut werden. Brand sagte, ihr Bild von Integration trage die Überschrift: „Deutschland ist ein Aufnahmeland.“ Dazu gehöre „die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung aller Migranten“. Flüchtlinge sollten uneingeschränkter Zugang zum Gesundheitswesen erhalten und frei entscheiden können, wo sie leben.

Integrationsminister **Rainer Schmelzter** (SPD) erinnerte daran, dass Nordrhein-Westfalen seit 70 Jahren „Einwanderungs- und Integrationsland“ sei. Er gab einen Überblick über Integrationsprojekte der Landesregierung und stellte eine Vereinbarung mit den Kommunen und Arbeitsagenturen heraus: In „Integrationpoints“ im ganzen Land sollen die Arbeitsagenturen Migranten in Arbeit vermitteln. Der Integrationsplan sei ein wichtiger „Schritt zur Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Integrations- und Teilhabepolitik“, sagte Schmelzter und bedauerte, dass es keinen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen dazu gegeben hat.

sow, zab, sam

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/12117](#) und [16/12383](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 14. September 2016 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12434](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 14. September 2016 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/11892](#) und [16/12861](#) | CDU | 2. Lesung am 14. September 2016 | abgelehnt

Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes | [Drs. 16/12120](#) und [16/12861](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 14. September 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zum Befristungsmanagement im Geschäftsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | [Drs. 16/12312](#) und [16/12862](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 14. September 2016 | angenommen

Haushaltsgesetz 2017 | [Drs. 16/12500](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. September 2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 | [Drs. 16/12502](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. September 2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12435](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. September 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | [Drs. 16/12781](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. September 2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12782](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. September 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Zweites Gesetz zur Änderung des Beitreibungserleichterungsgesetzes/Kfz-Zulassung | [Drs. 16/12783](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 15. September 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz NRW) | [Drs. 16/12265](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12350](#) | SPD, CDU, GRÜNE und FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts | [Drs. 16/12366](#) | Landesregierung | Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung | [Drs. 16/12363](#) | SPD und GRÜNE | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12361](#) | SPD und GRÜNE | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ | [Drs. 16/12313](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren | [Drs. 16/12365](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Kreistags | [Drs. 16/12362](#) | SPD und GRÜNE | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [Drs. 16/12068](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [Drs. 16/12069](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung) | [Drs. 16/12119](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

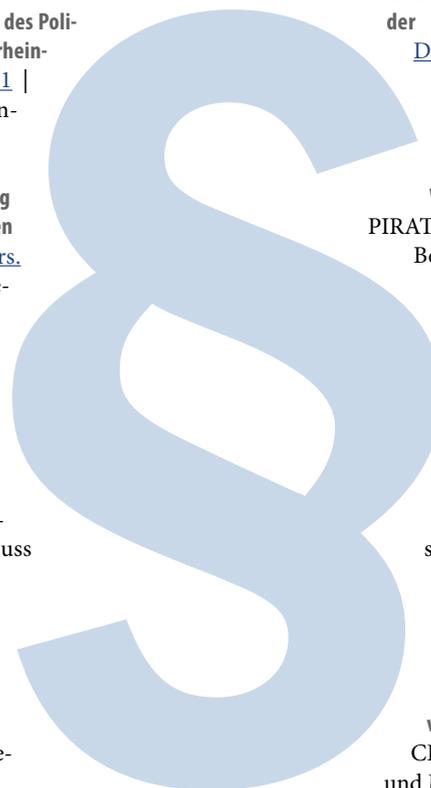
Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung



Datenspeicherung ab 14 Jahren?

Sachverständige äußern sich zu einer Änderung des Verfassungsschutzgesetzes

30. August 2016 – Es waren mutmaßlich jugendliche Islamisten, die im April den Bombenanschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen verübt haben. Landesregierung und CDU-Fraktion streben nun eine Änderung des NRW-Verfassungsschutzgesetzes an.

Künftig soll es erlaubt sein, Erkenntnisse über jugendliche Extremisten bereits ab 14 Jahren zu speichern. Bislang ist eine Speicherung erst dann zulässig, wenn die Betroffenen das 16. Lebensjahr vollendet haben. In einer Anhörung des Innenausschusses äußerten sich Sachverständige dazu.

Die CDU-Fraktion nennt in ihrem Gesetzentwurf ([Drs. 16/11892](#)) den Anschlag auf den Sikh-Tempel in Essen vom 16. April 2016 als Beispiel. Insbesondere bei militanten Islamisten sei eine „fortschreitende Verjüngung des potenziellen Täterkreises“ festzustellen. Um eine „zuverlässige Einschätzung des Bedrohungspotenzials“ zu ermöglichen, müssten Erkenntnisse über jugendliche Extremisten bereits vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeichert werden dürfen.

Bei Minderjährigen sei zunehmend schon vor Vollendung des 16. Lebensjahres eine Hinwendung zu extremistischen Bestrebungen zu beobachten, heißt es im Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/12120](#)). Dies führe zu „Radikalisierungen und im weiteren Verlauf unter Umständen auch zu Gewaltanwendungen“, wie sie sich bereits in islamistisch motivierten Anschlägen geäußert hätten.

Die derzeitige Altersgrenze bei der Speicherung personenbezogener Daten Minderjähriger habe sich als zu hoch erwiesen, so NRW-Verfassungsschutzchef Burkhard Freier in seiner Stellungnahme für den Ausschuss. Man habe Erkenntnisse, dass sich unter den rund 2.700 Salafisten in NRW (Stand: August 2016) zahlreiche Minderjährige befänden. Salafisten

hätten Jugendliche immer stärker als Zielgruppe im Blick, sagte Freier in der Anhörung. Er sprach von zunehmender Internetpropaganda, die die Kinderzimmer erreiche. Der Antrag der CDU-Fraktion gehe in die richtige Richtung, sei jedoch „nicht vollständig“. Es seien weitere Änderungen erforderlich. Dies gelte beispielsweise für den Informationsfluss zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Den Entwurf der Landesregierung bezeichnete er als „ausgewogen“.

„Schutz der Jugend“

Grundsätzlich seien beide Entwürfe „geeignet, den neu erkannten Problemen zu begegnen“, befand Prof. Dr. Christoph Gusy (Universität Bielefeld). Wie Freier hielt auch er den Entwurf der Landesregierung für „vorzugswürdig“, weil dieser weitere erforderliche Änderungen im Gesetz berücksichtige. Gleichwohl sah er in beiden Entwürfen Schwächen: „Die Ersetzung der alten Altersgrenze durch eine neue lässt die Frage aufkommen, warum gerade diese und keine andere Altersgrenze sinnvoller wäre.“ Andererseits habe sie aber den „Vorzug der rechtlichen Klarheit“.

Es sei „nicht nur ein legitimes Interesse, dass der Verfassungsschutz auch eine Radikalisierung Minderjähriger in den Blick nimmt“, so Prof. Dr. Lothar Michael (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf). Das Verfassungsrecht streite sogar „für einen Schutz der Jugend vor einer Radikalisierung“ – und dazu könnten die Verfassungsschutzbehörden beitragen. Beide Initiativen seien von ihrer Zielsetzung her zu

begrüßen. Der Regierungsentwurf gehe etwas weiter als der Entwurf der CDU-Fraktion. Michael empfahl, auf eine Altersgrenze ganz zu verzichten.

Prof. Dr. Christian von Coelln (Universität zu Köln) hielt eine Absenkung der Altersgrenze ebenfalls für rechtlich unproblematisch. Schließlich könne man „real existierende Gefahren nicht ignorieren“. Auch ein Verzicht auf Altersgrenzen sei seiner Ansicht nach zulässig.

Helga Block, die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, bewertete die geplante Erweiterung der Datenverarbeitung in ihrer schriftlichen Stellungnahme „grundsätzlich kritisch“. Der Schutz der Minderjährigen werde „deutlich eingeschränkt“.

Die Herabsetzung der Altersgrenze von 16 auf 14 Jahre sei „keine unbeachtliche Kleinigkeit“, befand der Jurist und frühere NRW-Innenminister Dr. Burkhard Hirsch. Er hatte dem Ausschuss ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen. Es falle auf, dass die „Radikalisierung islamistischer Jugendlicher in pauschalen Erklärungen ständig wiederholt und betont wird, ohne dafür, von minimalen Einzelfällen abgesehen, glaubhafte Tatsachen darzustellen, die zu dieser Aussage berechtigen und eine generelle Entwicklung belegen, die gesetzgeberische Handlungen erfordern würde“. Eine „Ausdehnung der Datenerhebungen und Speicherung auf Kinder vor Vollendung des 16. Lebensjahres“ sei nicht erforderlich und nicht sinnvoll. *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

Datum

Foto: Schälte

20. 12. 1994

Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen – VSG NW –)

Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes

Standpunkte

Meinungen zum Schwerpunkt „Verfassungsschutzgesetz“



Thomas Stotko
(SPD)



Theo Kruse
(CDU)

Die Gefahr, die von minderjährigen Extremisten ausgeht, ...

... ist gestiegen und darf nicht unterschätzt werden.

... ist vor allem im Bereich des Islamismus zuletzt massiv gestiegen. In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der minderjährigen Salafisten allein in den vergangenen beiden Jahren verdoppelt. Welches Gefährdungspotenzial damit einhergeht, hat der erst kürzlich von einer Gruppe minderjähriger Salafisten verübte Terroranschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen auf dramatische Weise vor Augen geführt.

Altersgrenzen zur Datenspeicherung ...

... müssen abgewogen werden zwischen dem Schutz von Minderjährigen und dem berechtigten Interesse der Minimierung eines sicherheitspolitischen Risikos.

... sind verfassungsrechtlich gerade nicht geboten. Im Gegenteil: Das Verfassungsrecht streitet sogar für einen Schutz der Jugend vor einer Radikalisierung. Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits am 3. Mai 2016 – also gut einen Monat vor der rot-grünen Landesregierung – einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Absenkung der derzeit bestehenden Altersgrenze von 16 auf 14 Jahre vorsieht.

Datenschutzrechtlich ...

... bestehen keine Bedenken, wenn die Erfassung, Nutzung und Löschung der Daten eindeutig und mit der geringsten Eingriffsintensität geregelt sind.

... ist die Speicherung personenbezogener Daten von Minderjährigen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, unbedenklich. Bei allem Verständnis für datenschutzrechtliche Belange muss der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit immer Vorrang vor dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung genießen.

Um Kinder und Jugendliche vor extremistischen Einflüssen zu schützen, ...

... hilft die Speicherung von Daten Minderjähriger wenig. Eine präventive vorsorgende Kinder- und Jugendpolitik, ein engmaschiges Netz von Angeboten für Kinder und Familien und ein offener Diskurs mit gesellschaftlich relevanten Gruppen und der Zivilgesellschaft über die latente Gefahr extremistischer Einflüsse sind das Gebot der Stunde.

... bedarf es einer ganzheitlichen Strategie, die neben repressiven Maßnahmen auch eine flächendeckende Präventionsarbeit in Schulen und Moscheegemeinden umfasst. Daran hapert es in Nordrhein-Westfalen gewaltig. Die Folge: Seit dem Amtsantritt von Innenminister Jäger hat sich die Anzahl der Salafisten in NRW von 500 auf über 2.700 mehr als verfünffacht.



Verena Schäffer
(GRÜNE)



Marc Lürbke
(FDP)



Frank Herrmann
(PIRATEN)

... ist in den vergangenen Jahren aufgrund einer steigenden Radikalisierung und Gewaltbereitschaft bei Minderjährigen, insbesondere im gewaltbereiten Salafismus und im Rechtsextremismus, gestiegen. Es handelt sich hierbei jedoch um eine absolute Minderheit. Die allergrößte Zahl der Jugendlichen steht für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft.

... wächst leider zunehmend, da radikale Islamisten mittlerweile ganz bewusst besonders jüngere Zielgruppen ansprechen, um diese für ihre kruden Ideologien zu instrumentalisieren. Neben wirksamer Präventionsarbeit müssen daher auch Möglichkeiten zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz mit Maß und Mitte sowie im Einklang mit der Verfassung an diese besorgniserregende Entwicklung angepasst werden.

... darf grundsätzlich nicht unterschätzt werden. Sie darf aber auch nicht dazu genutzt werden, um dem Staat einen Freibrief zur Verletzung der Grundrechte einer besonders schutzbedürftigen Gruppe unserer Gesellschaft auszustellen. Hier werden ohne Not Gesetzesänderungen vorgenommen, denen immanent ist, das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen.

... sind notwendig, weil Minderjährige besonders schutzbedürftig sind. Deshalb wollen wir als Fraktionen von SPD und Grünen eine Altersgrenze von 14 Jahren einziehen und die Datenspeicherung auf ihre Wirksamkeit hin evaluieren lassen. Darüber hinaus muss der Verfassungsschutz die Möglichkeit nutzen, Jugend- und Sozialämter zu informieren, damit den Jugendlichen Hilfen angeboten werden können.

... müssen gründlich hinterfragt und sinnvoll festgesetzt werden. Es darf nicht passieren, dass die Festsetzung einer solchen Altersgrenze das Problem möglicherweise in noch jüngere Altersgruppen verlagert.

... sind klare und nachprüfbar Regeln für die Arbeit des Verfassungsschutzes. Eine Senkung auf 14 Jahren ist aber der falsche Weg, mit diesen Jugendlichen umzugehen. Anstatt diese Jugendlichen durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, müssen andere Stellen handeln und sie aus dem schädlichen Umfeld herausholen.

... ist die Erweiterung der Möglichkeit zur Speicherung personenbezogener Daten auf weitere Personengruppen natürlich problematisch. Der Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung ist hinsichtlich des Datenschutzes verhältnismäßig, da er enge Voraussetzungen für die Speicherung von Daten Minderjähriger und strenge Löschrufen vorsieht.

... ist sicherzustellen, dass der Staat sich auf die Kontrolle der Gefährder beschränkt, statt pauschal alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen. Die besonders sensiblen Daten über Jugendliche müssen unbedingt strengsten Zugriffsregeln unterliegen. Die Freien Demokraten möchten, dass die Freiheit des Einzelnen geschützt, der Staat aber nicht seiner Wehrhaftigkeit beraubt wird.

... und auch jugend- und kinderschutzrechtlich ist dieses Gesetz höchst bedenklich und problematisch. Es können personenbezogene Daten von unbeteiligten Dritten gespeichert werden und Daten der Kinder und Jugendlichen können zwischen verschiedenen Behörden ausgetauscht werden. Die Löschung nach 2 bis 5 Jahren wird damit unkontrollierbar. Zudem ist die Weitergabe ins Ausland unregelt.

... braucht es Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen sowie Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Unser Schwerpunkt bleibt die Prävention besonders durch Jugendarbeit. Dabei müssen immer auch die Belange von Mädchen in den Blick genommen werden, da der Anteil der Frauen und Mädchen im gewaltbereiten Salafismus weiter steigt.

... müssen frühzeitig Präventionsmaßnahmen greifen – und zwar bevor Jugendliche radikalisiert werden. Vor allem muss beantwortet werden, weshalb eine Radikalisierung von bei uns geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen innerhalb unserer Gesellschaft erfolgen kann. Außerdem muss konsequenter mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen die teilweise sogar bekannten Hintermänner und geistigen Brandstifter der Radikalisierungsprozesse vorgegangen werden.

... muss unsere Gesellschaft ihnen positive Leitbilder, Vorbilder und Perspektiven vermitteln. Außerdem muss immer wieder an die Notwendigkeit der Vermittlung von Medienkompetenz erinnert werden. Akzeptanz und echter Respekt zu Menschen mit Migrationshintergrund fördern die Gemeinschaft und lassen keinen Raum für extremistische Gedanken.

70 Jahre stabile Ehe:

Wo rote Teppiche sind, sind Kameras nicht weit. Und so sorgte am 23. August, dem Tag, als Nordrhein-Westfalen 70 Jahre alt wurde, nicht nur die strahlende Sonne für helles Licht, als Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vor der Tonhalle in Düsseldorf eintrafen. Sie hatten gemeinsam eingeladen, um den 70. Geburtstag des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem feierlichen Festakt zu begehen. Im Blitzlichtgewitter stand Seine Königliche Hoheit, der Herzog von Cambridge, besser bekannt als Prinz William, als Vertreter des britischen Königshauses. Doch es gab noch mehr Fotomotive. Gödecke und Kraft begrüßten auf dem roten Teppich Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lamert und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Was gab es zu feiern? Vor 70 Jahren, nach Ende des Zweiten Weltkriegs, traf die britische Militärregierung die Entscheidung, zwei frühere preußische Provinzen, „die historisch gesehen nicht automatisch zusammengehören“, wie Merkel später schmunzelnd anmerkte, zu einem Bundesland zu vereinen. Die „Operation Marriage“ sei geglückt, das könne man nach 70 Jahren Ehe durchaus sagen, meinte Prinz William in seiner Rede, die er auf Deutsch mit „Alles Gute! Dankeschön!“ beendete.

Aber in der Tonhalle wurde keineswegs nur geredet. Zwei Chöre und das WDR-Sinfonieorchester füllten den Raum mit klassischer Musik. Während die Rheinische Sinfonie für Gänsehautmomente unter mehr als 1.300 geladenen Gästen sorgte, betrachteten diese zeitgleich NRW aus einer besonderen Perspektive: von oben. Luftaufnahmen brachten die unterschiedlichsten Winkel und Ansichten, Landschaften und Stadtbilder Nordrhein-Westfalens auf eine zentrale Leinwand im Saal.

Die Gästeschar war so vielfältig wie das Bundesland: Gekommen waren die Landtagsabgeordneten, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft, Vereinen und Verbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Vertreten waren ebenso Gewerkschaften, Bundeswehr, Rettungsdienst, Ehrenamtler und 40 Bürgerinnen und Bürger, die genau wie NRW am 23. August 2016 einen runden Geburtstag feierten.

Tagesthemen-Moderator Thomas Roth führte durch den Abend. Während des Festakts konnten die Gäste filmisch auf sieben Jahrzehnte des Bundeslandes zurückblicken. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich viele fragten, ob und wie es in dem in weiten Teilen zerstörten Land

überhaupt weitergehen könne, habe der Wille zum Weiterleben getragen, sagte Roth. Kohle und Stahl machten NRW quasi über Nacht zum Wirtschaftsmotor Deutschlands. NRW stieg wie Phoenix aus der Asche.

Die „Operation Marriage“ basiere weniger auf stürmischer Liebe, sondern sei von den Briten vielmehr als Ehe aus Vernunft auf Dauer angelegt worden, sagte Landtagspräsidentin Carina Gödecke in ihrer Rede. „Heute ist die Freude riesengroß, dass das britische Königshaus auch dem 70. Geburtstag des Landes seinen besonderen Glanz verleiht.“ Ein Jubiläum sei ein guter Grund zum Feiern, aber auch Anlass, kritisch zurückzublicken. „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit“, mahnte die Landtagspräsidentin. Demokratie sei verletzlich. Deshalb rief sie die Menschen in NRW zur Toleranz auf: „Bleiben wir warmherzig und weltoffen. Bleiben wir bunt. Bleiben wir Nordrhein-Westfalen.“

Auch die Geburtstagskinder hatten Wünsche für das Bundesland. „Einmal Olympia hier, solange ich noch da bin“, wünschte sich Siegfried August Schulte aus Finnentrop am Biggensee, der wie NRW an dem Tag seinen 70. Geburtstag feierte. Jessica Rohregger, frisch 20, wünschte NRW „eine blühende Zukunft und weiterhin ein so friedliches Miteinander für die Bürger aller Herkunft“.

Ein Filmausschnitt erinnerte an die 60er-Jahre in NRW. Es herrschte Vollbeschäftigung und bald Fachkräftemangel. Eine Nebenerscheinung: Plötzlich gab es durch die Gastarbeiter an jeder Ecke Eis und Pizza im einstigen „Kartoffelland“. Der erste Smog-Alarm schockierte das Land und das Zechensterben begann.



Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Prinz William auf dem Weg zur Tonhalle.

Fotos: Schälte/Zanin

der Landesgeburtstag

WIR FEIERN!
NRW WIRD 70

„Nie haben wir in Nordrhein-Westfalen eindrucksvoller bewiesen, was an Wandel möglich ist, wenn alle gemeinsam anpacken“, sagte Ministerpräsidentin Kraft in ihrer Rede und erinnerte an die Worte eines Briten, der das Ruhrgebiet nach dem Krieg als den „größten Schutthaufen, den die Welt je gesehen hat“ bezeichnet habe. „Den Wandel zu gestalten, ist in der DNA unseres Landes angelegt“, war Kraft überzeugt. Sie dankte den Briten „von ganzem Herzen“ für das Vertrauen und die Chance zum Neubeginn und fügte auf Englisch an: „It’s something we’ll never forget“ – das werden wir niemals vergessen.

„Wunder der Freundschaft“

Prinz William sprach sogar vom „miracle of friendship“, vom Wunder der Freundschaft. Diese Freundschaft und Partnerschaft werde auch in Zukunft weiter bestehen – trotz der Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, versprach er.

In den 80er-Jahren wuchs im Duisburger Landschaftspark wieder Grün und Medien, Dienstleistung und die Kulturbranche wurden neue Arbeitgeber, hieß es im Film. Das ChorWerkRuhr sang im Anschluss „An die Sterne“ und Bundestagspräsident Lammert lauschte den von Robert Schumann vertonten Gedichten mit geschlossenen Augen.

Die Filmsequenzen erreichten die Gegenwart und Merkel zitierte den ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau. Er hatte, nicht ganz ernst gemeint, von „der Zuverlässigkeit der Rheinländer, der Leichtigkeit der Westfalen und der Großzügigkeit der Lipper“ gesprochen. Die Bundeskanzlerin bezeichnete Nordrhein-Westfalen als „starkes Stück Deutschland“, auf dem in Zeiten des Wandels ein großes Augenmerk gelegen habe.

„Freude schöner Götterfunken“ – wer dachte, emphatischer als mit Beethovens 9. Symphonie könne dieser Jubiläumsabend nicht enden, hatte sich getäuscht: Bei der Nationalhymne sangen viele Gäste des NRW-Festakts kräftig mit.

sow/sam



Die NRW-Parlamentspräsidentin begrüßte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Düsseldorf.



Freuten sich über 70 Jahre Nordrhein-Westfalen: Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Seine Königliche Hoheit Prinz William Arthur Philip Louis, Herzog von Cambridge, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel.

Eine Schachtel Pralinen

Eckhard Uhlenberg ist seit mehr als 30 Jahren Abgeordneter des Landtags. Der CDU-Politiker war Landtagspräsident, Minister und ist in dieser – seiner letzten – Wahlperiode Erster Vizepräsident. Im Interview berichtet er von Erfahrungen, Veränderungen und seinen Wünschen zum 70. Geburtstag von Land und Landtag.

Herr Vizepräsident, Sie sind jetzt seit mehr als drei Jahrzehnten Abgeordneter des Landtags, verfügen über sehr viel Erfahrung und haben viel erlebt. Gibt es noch Momente, die Ihr Herz als Parlamentarier höher schlagen lassen oder ist das alles längst Routine?

Nein, das ist in all den Jahren für mich keine Routine geworden. Natürlich gibt es ein Stück Sicherheit, wenn man so lange Abgeordneter ist. Aber ich glaube, wenn es anfängt, Routine zu werden, dann hat man ein Problem. Es ist immer noch eine spannende Angelegenheit, kein Tag ist wie der andere. Ich bin immer gerne Landtagsabgeordneter gewesen. In den 80er-Jahren gab es auch die Möglichkeit, für das Europäische Parlament und den Bundestag zu kandidieren. Das habe ich nicht gemacht. Ich sah meine Aufgabe in der Landespolitik. Es ist nie Routine geworden, weil

ich auch sehr unterschiedliche Aufgaben in dieser Zeit wahrgenommen habe – als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Minister, als Landtagspräsident, jetzt als Erster Vizepräsident.

Als Sie 1980 erstmals in den Landtag eingezogen sind, hat das Parlament noch im Ständehaus getagt.

Der Unterschied zum heutigen Landtag bestand darin, dass die Arbeit der Abgeordneten in einem wesentlich kleineren Gebäude verrichtet wurde. Wir hatten zunächst keine Büros. Es gab einen Raum neben dem Fraktionssaal, der auch als Abstellraum genutzt wurde, dort gab es fünf Telefonapparate, von denen aus wir unsere Kommunikation führen konnten. Wir hatten keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landtag, nur im Wahlkreisbüro. Wenn man eine Kleine Anfra-

ge stellen wollte, musste man die Sekretärin der wissenschaftlichen Mitarbeiter freundlich um Unterstützung bitten, was dann im Anschluss mit einer Schachtel Pralinen gedankt wurde. Vieles musste improvisiert werden.

Vermutlich gab es auch keine Kantine.

Doch. Die Kantine, die abgerissen ist, befand sich auf dem Landtagsgebäude am Schwanenspiegel. In einem ersten Raum konnte man schnell eine Suppe essen, der zweite war etwas edler. Da lagen sogar Bastdeckchen auf den Tischen.

Wie war Ihr Eindruck vom neuen Gebäude?

Die Arbeitsbedingungen im neuen Landtag wurden wesentlich besser.

„Es begann mit Faxgeräten“

Was hatte sich verändert?

Im alten Plenarsaal war es eng. Es gab keine große Distanz zwischen dem Rednerpult und den Fraktionen. Und nicht zu unterschätzen war die Kaffeeklappe. Ich kann mich noch daran erinnern, dass der damalige Ministerpräsident Johannes Rau dort an Plenartagen Karten gespielt hat. Das wäre heute unvorstellbar. Der politische Druck auf Regierungsmitglieder und Abgeordnete war einfach nicht so hoch.

Hängt der Druck heute auch mit der veränderten Medienwelt zusammen?

Ja, das glaube ich schon. Es begann mit den Faxgeräten. Vorher hat es zwei, drei Tage lang gedauert, bis man beispielsweise einen Brief bekam.

70 Jahre Landtag NRW: Feierlicher Festakt

Am 5. Oktober 2016 feiert der Landtag sein 70-jähriges Bestehen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke wird Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert als Festredner begrüßen. Im Plenarsaal halten feierliche Worte und Musik Einzug. Der Festakt wird live im Internet übertragen (www.landtag.nrw.de).

Der Landtag NRW war nicht immer im heutigen Parlamentsgebäude zu Hause. In seiner 70-jährigen Geschichte hat er an vier verschiedenen Orten getagt. Die erste Sitzung fand am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus statt. Schon zur zweiten

Sitzung tagten die Abgeordneten dann aber – auf Klappstühlen sitzend, die Unterlagen auf den Knien – in den Henkelwerken.

Zwei Jahre nach der ersten Landtagswahl erhielt der Landtag im Jahr 1949 mit dem wiederaufgebauten Ständehaus erstmals ein eigenes Gebäude. Nach fast 40 Jahren dort entschieden sich die Abgeordneten aus Platzmangel für einen Parlamentsneubau auf dem Gelände des alten Berger Hafens. Seit dem Jahr 1988 findet hier die politische Arbeit unmittelbar am Düsseldorfer Rheinufer statt. SOW

2. Oktober 1946
Konstituierende Sitzung des ernannten Landtags im Düsseldorfer Opernhaus.



12. November 1946
Bereits die zweite Plenarsitzung findet im Gesolei-Saal der Henkelwerke statt.

für die Sekretärin



Foto: Schälte

Eckhard Uhlenberg, Erster Vizepräsident des Landtags und seit mehr als 30 Jahren Abgeordneter, im Interview.

Welche Herausforderungen kommen in Zukunft auf die Landesparlamente zu? Es gibt ja immer wieder die Debatte, ob man sie überhaupt noch braucht.

Ich glaube, das ist eine ganz entscheidende Debatte auch für die nächste Wahlperiode: die Frage nach der Zukunft des Föderalismus. Man muss sich das noch einmal vor Augen führen: Die Bundesländer sind älter als der Bund. Und die gleichwertigen Lebensverhältnisse sind ein Ergebnis des Föderalismus. Wir müssen darauf achten, dass die Kompetenzen der Länder nicht weiter geschwächt werden. Das permanente Rufen nach dem Bund, wenn es um die Finanzen geht, hat Vor- und Nachteile. Natürlich brauchen die Länder Finanzmittel, es muss einen fairen Ausgleich geben zwischen dem Bund und den Bundesländern, damit die Länder ihre Aufgaben wahrnehmen können. Ich habe den Eindruck, dass auch die Kernbereiche der Landespolitik – beispielsweise Schule und Kulturpolitik, Hochschulen, Innere Sicherheit, Rechtspolitik, Umweltpolitik, Kommunale Selbstverwaltung, regionale Wirtschaftspolitik – gefährdet sind.

Der Landtag wird im Herbst eine landtagsgeschichtliche Ausstellung in der Villa Horion in Düsseldorf eröffnen – ein Projekt, das insbesondere auf Ihre Initiative hin realisiert wird. Welches Ziel steckt hinter dieser Idee?

Es geht darum, die Arbeit des Landtags in den sieben Jahrzehnten erlebbar zu machen. Die Ausstellung soll über die vier verschiedenen Standorte, an denen das Parlament getagt hat, informieren und die Themen aufarbeiten, die in der jeweiligen Legislaturperiode im Landtag prägend waren. Ich habe einen kleinen Arbeitskreis dazu begleitet.

Was wünschen Sie dem Land und dem Landtag Nordrhein-Westfalen zum 70. Geburtstag?

Ich wünsche mir, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ein friedliches, freundliches und weltoffenes Bundesland bleibt.

Es ist Ihre letzte Wahlperiode, Sie werden nicht mehr antreten. Wissen Sie schon, wie Sie das Mehr an Zeit nutzen werden?

Ich lasse das auf mich zukommen.

Ganz ohne Politik?

Ich werde immer ein politischer Mensch bleiben. Trotzdem ist es richtig, dass ich aufhöre. Eine neue Generation steht parat. Alles hat seine Zeit.

Das Interview führten Wibke Busch und Michael Zabka

15. März 1949

Der Landtag tagt zum ersten Mal im wiederaufgebauten Ständehaus.



2. Oktober 1988

Nach rund sechsjähriger Bauphase wird das neue Landtagsgebäude eröffnet.

Tage der offenen Tür: 30.000

27./28. August 2016 – Wenn der Landtag seine Türen öffnet, ist das Interesse groß. So war es auch am letzten Augustwochenende, beim großen NRW-Tag zum 70. Landesgeburtstag. Das Parlament hatte sich mit zwei Tagen der offenen Tür beteiligt – und rund 30.000 Besucherinnen und Besucher ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, das Haus ganz genau kennenzulernen.



Zunächst ein Wort zum Wetter, das es vielleicht schon eine Spur zu gut gemeint hatte. Der Samstag war der heißeste Tag des Jahres und auch in Düsseldorf wurden Temperaturen jenseits der 30-Grad-Marke gemessen. Was 12.000 Menschen allein an diesem Tag jedoch nicht davon abhielt, den Landtag zu besuchen. Um 11 Uhr vormittags ging es los, die ersten Neugierigen aber hatten sich schon früher vor dem Parlamentsgebäude versammelt.

Zu sehen gab es allerhand. Den Empfangsraum von Landtagspräsidentin Carina Gödecke zum Beispiel. Gekrönte Häupter wie Königin

Elisabeth II. und Königin Silvia von Schweden haben von dort aus bereits den herrlichen Blick auf Düsseldorf und den Rhein genossen. Bedeutende Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Sport werden in diesem Raum begrüßt – aber auch Menschen, die sich ehrenamtlich für andere einsetzen.

Pikser in den Finger

In der Wandelhalle, nur wenige Schritte vom Empfangsraum entfernt, konnten Interessierte am Stand der Deutschen Diabetes-Hilfe ihren



Fotos: Schälte



Gäste trotz Tropenhitze

Blutzuckerwert messen lassen. Ein kurzer Piker in den Finger – und nach ein paar Sekunden stand das Ergebnis fest. Allein am Samstag ließen sich mehr als hundert Besucherinnen und Besucher testen. Direkt gegenüber hatte die Landeszentrale für politische Bildung ihre Informationsstände aufgebaut. Das Motto: Demokratie leben. Wer wollte, konnte zum Beispiel herausfinden, wie es um die eigene Toleranz gegenüber Andersdenkenden bestellt ist.

Musikliebhaberinnen und -liebhaber kamen im Plenarsaal und in der Bürgerhalle auf ihre Kosten. Auf dem Programm standen zudem Lesungen und Theateraufführungen, viele Aktionen für den Nachwuchs. Kleine und große Kinder konnten am „Speed-Kicker“ ihre Schussgeschwindigkeit testen oder gegen einen

ehemaligen Bundesliga-Tischfußballer antreten. Ihre Chancen: gleich Null. Dafür gab es den nicht zu unterschätzenden Erkenntnisgewinn, dass auch Verlieren Spaß machen kann.

Die Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP boten in der Wandelhalle eigene Aktionen und Programme an, die PIRATEN in der Bürgerhalle. Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft schauten am Samstag bei allen vorbei. Bei der SPD-Fraktion sahen sie sich eine Ausstellung an, bei der CDU die Tricks eines Zauberers, bei den GRÜNEN gab's Popcorn, von der FDP Sofortbilder in der „Fotobox“ und die PIRATEN servierten (alkoholfreie) Cocktails.

Die Verwaltung hatte zahlreiche Informationsstände – etliche mit Gewinnspielen – auf-

gebaut. Dort erfuhren die Besucherinnen und Besucher viel über Geschichte und Aufgaben des Parlaments, über den Landeshaushalt. Sehr gut angenommen wurde auch die „Schnitzeljagd“ durchs Gebäude. Das Thema „Europa“ kam ebenfalls nicht zu kurz. Und wer sich von Behörden falsch behandelt fühlte, konnte sein Anliegen am Stand des Petitionsausschusses vorbringen.

Mit leeren Händen trat am Abend kaum jemand den Heimweg an. Eingedeckt mit Informationsbroschüren, kleinen Präsenten, aber auch mit vielen neuen Eindrücken über die Arbeit im Parlament verließen die Gäste den Landtag – und stellten fest, dass das Klima im Landtag auch nach 19 Uhr noch deutlich angenehmer war als draußen.

zab



AUS DEN FRAKTIONEN

NRW als Vorreiter in der Integrationspolitik

Einmal mehr beweist Nordrhein-Westfalen, dass es mit seiner Integrationspolitik Vorreiter und Vorbild zugleich für das gesamte Bundesgebiet ist. Nachdem im vergangenen Jahr mehr als 200.000 Flüchtlinge in NRW aufgenommen und versorgt wurden, muss nun die Integration gezielt gestaltet werden. Anfang 2016 brachten die Fraktionen der SPD und Grünen einen ersten Entwurf eines umfassenden Integrationskonzepts in den Landtag ein. Seitdem haben sich in einem umfangreichen Prozess fast alle Ausschüsse in öffentlichen Anhörun-



Ibrahim Yetim (SPD)

gen mit dem Thema befasst. „Dabei wurde großer Wert darauf gelegt, möglichst alle gesellschaftlichen Akteure einzubeziehen“, erklärt Ibrahim Yetim, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Es wurde sowohl auf wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen als auch auf die Erfahrungen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.“

Nach intensiven Beratungsrunden steht der Integrationsplan nun in seiner Endfassung bereit zur Umsetzung. Er beinhaltet fünf Handlungsfelder, die die zentralen Ebenen der Integration darstel-

len, und nimmt sowohl den Bund als auch das Land und die Kommunen in die Pflicht.

Mit dem Integrationsplan sei es gelungen, so Ibrahim Yetim, einen „Grundstein für eine erfolgreiche Integration in unserer Gesellschaft“ zu legen. „Dabei ist Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb beziehen wir alle Bürgerinnen und Bürger in den Prozess mit ein. Wir nehmen die geflüchteten Menschen in die Pflicht, stärken aber gleichzeitig das Ehrenamt, unterstützen die Wirtschaft und auch die Quartiere, in denen Integration tagtäglich gelebt wird. Nur wenn wir alle gemeinsam anpacken, können aus den zu uns geflüchteten Menschen Nachbarn werden.“



CDU-Fraktion feiert 70 Jahre Nordrhein-Westfalen

Mit einer emotionalen, humorvollen und kenntnisreichen Rede blickte Norbert Blüm, Bundesminister a.D., beim Festakt der CDU-Fraktion auf sieben Jahrzehnte Nordrhein-

Westfalen zurück. Unter dem Applaus der geladenen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirche sprach er ein Loblied auf seine Wahlheimat: „Wenn der Himmel einst eine Exkursion

auf die Erde plant, werde ich mich als Fremdenführer anbieten und die Leute nach NRW führen.“ Ginge es um die Anzahl von Kneipen und Kirchen, sei Nordrhein-Westfalen ein Hochkulturland, so Blüm.

Die mit zahlreichen Anekdoten gespickte Rede entführte die Gäste durch die unterschiedlichen Regionen und Mentalitäten des „Bindestrich-Landes“.

Dennoch, so Blüm, sei Nordrhein-Westfalen seine Heimat. Auch Armin Laschet, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, würdigte die Leistungen des Landes und seiner Menschen. Kritik äußerte er in Richtung der rot-grünen Landesregierung: Trotz der enormen Potenziale des Bundeslandes, stehe Nordrhein-Westfalen in vielen Statistiken am Ende der Tabelle. Das müsse sich dringend ändern.

Die Rede von Norbert Blüm finden Sie auf dem Youtube-Kanal der CDU-Landtagsfraktion (CDUFraktionNRW).



Zwei Milliarden Euro zusätzlich für die Städte und Gemeinden in NRW

Schulgebäude instand setzen, Sporthallen sanieren, digitale Infrastruktur ausbauen: In der Sommerpause haben die Fraktionen von SPD und GRÜNEN ein Investitionspaket vereinbart, das die Kommunen in NRW mit rund zwei Milliarden Euro unterstützen wird. Dieses Geld können sie für die Sanierung von Schulen oder Freizeiteinrichtungen verwenden. Kommunen im ländlichen Raum können die Mittel auch in den Breitbandausbau investieren. Als Grundlage für die Verteilung der Gelder auf die einzelnen Kommunen dienen hälftig die Schlüsselzuweisungen und die Schulpauschale aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Damit ist sicherge-

stellt, dass alle Kommunen und Kreise in NRW von dem Programm profitieren. Ausgezahlt werden die Mittel über die NRW.Bank, deren Zins- und Tilgungsleistungen das Land übernimmt. Dabei verzichten wir auf einen kommunalen

Eigenanteil. Rot-Grün bleibt ein starker und verlässlicher Partner der kommunalen Familie.

Über die genaue Gestaltung der Investitions-offensive informierte der Fraktionsvorsitzende Mehrdad Mostofizadeh in zahlreichen Gesprächen vor Ort: „Die Mittel sollen bereits ab dem Jahr 2017 unbürokratisch abgerufen werden können. Dadurch stellen wir sicher, dass die Gelder schnell in den Kommunen ankommen und in konkrete Projekte investiert werden können.“



Landespolitik hautnah: Bürgerdialog der FDP-Fraktion



Einmal hinter die Kulissen blicken, erfahren wie das Parlamentsleben läuft oder den örtlichen Abgeordneten persönlich kennenlernen. Das ist bei der FDP-Fraktion traditionell nach der Sommerpause möglich, wenn sie ihre Türen zum Bürgerdialog öffnet. Die Besucher können

im Plenarsaal Platz nehmen, eine Führung durch die Säle und Winkel des Gebäudes mitmachen sowie in Diskussionsrunden ihre Anliegen einbringen und sich mit den Landtagsabgeordneten austauschen.

Am 3. September begrüßte Christian Lindner die rund 250 Gäste im voll besetzten Plenarsaal, sichtlich erfreut über die vielen liberalen Gäste. Mit der Vorstellung der 22 FDP-Abgeordneten und ihrer Fachgebiete skizzierte der Fraktionsvorsitzende die wichtigen landespolitischen Themen in Nordrhein-Westfalen. Er kritisierte die Haushaltspolitik der rot-grünen Landesregierung, die trotz Rekorderneuerungen noch immer Schulden macht und weit von der „schwarzen Null“ entfernt ist. Gleichzeitig stehe jedoch die Null beim Wirtschaftswachstum – damit ist NRW bundesweit Schlusslicht. Um wieder nach

vorne zu kommen, setzt die FDP-Landtagsfraktion unter anderem auf beste Bildung und Investitionen in die Infrastruktur. Doch auch hier gebe es unter Rot-Grün, beispielsweise beim Zustand des Straßennetzes, massive Probleme, bemängelte Lindner. Auch beim hochaktuellen Thema der inneren Sicherheit erläuterte er die Position der Freien Demokraten. Mit Blick auf die Terrorgefahr sagte er: „Ich bin dafür, dass Gefährder lückenlos überwacht werden, statt mit flächendeckender Überwachung alle Bürger zu Gefährdern zu machen.“ In den anschließenden Diskussionsrunden wurden die Themen weiter vertieft.



Digitaler Kompass: Die Digitale Revolution mitgestalten

Die Digitalisierung hält in alle Lebensbereiche Einzug. Dabei dürfen wir als Politiker nicht zuschauen, sondern müssen handeln. Die digitale Revolution wird unser Leben und Zusammenleben grundlegend verändern. Unser Land nutzt bisher noch nicht annähernd die Chancen des digitalen Zeitalters. Dazu gehört zum Beispiel auch die Information über und Beteiligung der Bürger an öffentlichen Angelegenheiten. Außerdem treten wir ihren Gefahren, wie z.B. durch Datensammlung oder Massenüberwachung, noch nicht annähernd wirksam entgegen. Das wollen wir ändern.

Unser Ziel ist es, die Digitale Revolution zum Wohl des Menschen zu gestalten und zu nutzen. Dabei wollen wir möglichst viele Menschen beteiligen. Unsere Idee dafür ist der Digitale Kompass.



Für die Gestaltung der Digitalen Revolution haben wir 36 Vorschläge erarbeitet. Jeder Interessierte kann diese Vorschläge bewerten, verbessern und ergänzen oder auch ganz neue Vorschläge machen. Auf www.digitaler-kompass.de kann jeder mitmachen und Feedback geben. Einfach auf Nordrhein-Westfalen klicken und dann kommt man auf die Onlineplattform Discuto. Auf der Plattform ist eine Beteiligung

vieler Menschen zeitgleich und unabhängig möglich. Nach einer, auch anonymen, Anmeldung kann jeder noch bis Ende September mit diskutieren und über jeden einzelnen Vorschlag abstimmen.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Verschundene Munition

26.8.2016 – Das Verschwinden von 1.000 Patronen Munition aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Wuppertal-Ronsdorf war auf Antrag der Opposition Thema einer Sondersitzung des Rechtsausschusses. Grundlage der Debatte war ein schriftlicher [Bericht](#) des Ministeriums zur Chronologie der bisherigen Erkenntnisse und Maßnahmen. Um die Ermittlungen nicht zu gefährden, seien zunächst weder der Rechtsausschuss noch die Öffentlichkeit informiert worden, sagte Justizminister [Thomas Kutschatj](#) (SPD). Im Ausschuss erläuterte er, dass die Staatsanwältin Herrin des Verfahrens sei und darüber entscheide, welche Informationen weitergegeben werden dürften. Inzwischen habe sich der Anfangsverdacht gegen die beiden Waffenwarte konkretisiert. Die Opposition kritisierte in der Sondersitzung, dass der Minister den Rechtsausschuss dreieinhalb Monate lang nicht unterrichtet habe, nicht einmal vertraulich. Von dem Vorfall aus der Presse zu erfahren, fanden die PIRATEN „skandalös“. Der Vollzug sei dem Minister in weiten Teilen entglitten, urteilte die CDU. Zudem habe das Parlament die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, betonte die Fraktion. Das Parlament habe zwar die Regierung zu kontrollieren, aber nicht die Staatsanwaltschaft, entgegenen die GRÜNEN. Das gemeinsame Interesse der Politik sollte sein, die Straftat aufzuklären, also die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit machen zu lassen, lautete das Statement aus der SPD-Fraktion. Seitens der FDP gab es Kritik an dem „deutlich zu neutralen“ Bericht des Ministeriums. Bis zum Einschreiten des Ministeriums habe es in der JVA Wuppertal-Ronsdorf keinerlei Konsequenzen gegeben. Stattdessen habe die Anstalt das weitere Vorgehen um dreieinhalb Wochen verzögert.

Todesfälle nach Krebsbehandlung

30.8.2016 – Kurze Zeit nach einer Behandlung in einem alternativen „Krebszentrum“ in Brüggen-Bracht am Niederrhein sind Anfang

Juli drei Menschen gestorben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den behandelnden Heilpraktiker. Der Gesundheitsausschuss fragte nach dem Stand der Dinge. Der Heilpraktiker hatte die Krebspatienten mit dem Stoff 3-Bromopyruvat behandelt. Seitens der CDU wurde gefragt, ob es sich um ein zugelassenes Medikament gehandelt habe. Wie Gesundheitsministerin Barbara Steffens (GRÜNE) mitteilte, kann die Chemikalie in Medikamenten eingesetzt werden, eine Zulassung sei nicht notwendig. Unklar sei derzeit noch, ob Behandlungsfehler unterlaufen seien und ob der Stoff die erforderliche pharmazeutische Qualität gehabt habe. Steffens forderte im Ausschuss, das Heilpraktikergesetz aus dem Jahr 1939 müsse auf Bundesebene reformiert werden. Es fehlten vor allem festgelegte Ausbildungsinhalte, die alle Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker lernen müssten. Bislang gebe es keine Ausbildung, sondern angehende Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker müssten lediglich eine Prüfung ablegen, deren Schwerpunkt auf der Gefahrenabwehr liege. Abgeordnete von SPD, GRÜNEN und PIRATEN stimmten zu. Das Thema soll erneut auf die Tagesordnung des Gesundheitsausschusses gesetzt werden.

Impfschutz

7.9.2016 – In einer Anhörung im Gesundheitsausschuss war der Tenor der Fachleute einhellig: Impfungen gehörten zu den wichtigsten präventiven Maßnahmen der Medizin. In NRW vorhandene Impfungen müssten geschlossen werden – zum Schutz der Individuen und der Allgemeinheit. Grundlage der Anhörung war ein Antrag ([Drs. 16/12111](#)) der FDP-Fraktion, die u. a. landesweite Impfziele fordert. Darüber hinaus fehle in NRW bislang eine Vereinbarung, die beim Impfen das Zusammenwirken von Krankenkassen und öffentlichem Gesundheitsdienst regle, so die FDP. Ausnahmslos unterstrichen die Fachleute in der Anhörung die große Bedeutung der sogenannten Herdenimmunität. Denn Menschen mit schwachem

oder durch Medikamente geschwächtem Immunsystem – wie etwa Organtransplantierte – seien darauf angewiesen, dass sich möglichst viele impfen ließen. Kritik gab es an Impfgegnern, die nicht nur unter Eltern, sondern auch auf ärztlicher Seite zu finden seien. Ein Experte regte ein Impfregister an, das regionale Impfplücken erkennen lasse. Vor allem gehe es aber darum, die Menschen über einzelne Schicksale emotional anzusprechen und so zum Impfen zu bewegen. Ein weiterer Vorschlag war, die Gesundheitskarte als Impfausweis zu nutzen, um die Auswertung des Impfstatus zu verbessern. Zur Sprache kamen außerdem die Rolle der Schule und niedrigschwellige Angebote wie zum Beispiel Impfstände auf Marktplätzen oder Mitternachtsprechstunden für Berufstätige.

CDU für Schleierfahndung

8.9.2016 – In einer Anhörung des Innenausschusses haben sich Sachverständige zu einer möglichen Aufnahme von verdachts- und ereignisunabhängigen Personenkontrollen („Schleierfahndung“) ins NRW-Polizeigesetz geäußert. Hintergrund war ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/11307](#)). Nordrhein-Westfalen gehöre zu den wenigen Bundesländern, in denen die Schleierfahndung nicht im Polizeigesetz verankert sei, schreibt die Fraktion. Es handle sich jedoch um ein „anerkanntes Instrument der Gefahrenabwehr“ und könne zum Beispiel bei grenzüberschreitender Einbruchskriminalität eingesetzt werden. Die Polizeigewerkschaften unterstützten den Antrag. Was Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen im Zusammenhang mit reisenden Tätern angehe, reichten die rechtlichen Möglichkeiten derzeit nicht aus. Wissenschaftler bezweifelten dagegen, dass die Schleierfahndung einen nennenswerten Beitrag zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität leisten könne. Zudem wiesen sie auf die Gefahr hin, dass Menschen allein wegen ihres ausländischen Aussehens von der Polizei kontrolliert werden könnten.

Kultur des Erinnerns

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat drei weitere der insgesamt 26 Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen besucht, die an das Grauen der Nazizeit erinnern. In Dorsten besichtigte sie am 16. August 2016 das Jüdische Museum Westfalen und trug sich dort gemeinsam mit dem israelischen Botschafter Yakov Hadas-Handelsman ins Goldene Buch der Stadt ein. In Hamminkeln war das Humberg-Haus Dingden Station der Präsidentin. Und in Krefeld informierte sie sich in der Villa Merländer. Im August vergangenen Jahres hatte Gödecke damit begonnen, nordrhein-westfälische Erinnerungs- und Gedenkstätten zu besuchen.

Die Präsidentin lobte in Dorsten den Einsatz der vielen Ehrenamtlichen, sprach aber auch die Rolle der Kommunen an: „Ohne kommunales Engagement für das Haus und die Erinnerungskultur würde die Landesförderung ins Leere laufen.“ Wie Gödecke hob auch der israelische Botschafter Yakov Hadas-Handelsman die Bedeutung einer Erinnerungskultur hervor. Die Dauerausstellung informiert über die Vielfalt des Judentums und die jüdische Geschichte des Landesteils vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Verfolgt und ermordet

Zweite Station des Tages war das Humberg-Haus Dingden in Hamminkeln-Dingden. Dort wohnte bis 1941 seit Generationen die jüdische Familie Humberg. Sie betrieb eine Metzgerei und einen Manufakturwarenladen, bis die Eltern und ihre sieben Kinder Opfer der systematischen Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten wurden. Der Heimatverein Dingden setzt sich dafür ein, dass ihre Geschichte nicht vergessen wird.

Die NS-Gedenkstätte Villa Merländer, die Carina Gödecke zwei Tage später besuchte, erinnert an die Zeit des Nationalsozialismus in Krefeld. Die Gedenkstätte ist nach dem jüdischen Seidenhändler Richard Merländer benannt. Er lebte dort, bis die Nazis ihn 1941 zum Verkauf zwangen. Merländer wurde im Juli 1942 in das Lager Theresienstadt deportiert und vermutlich im September 1942 im Vernichtungslager Treblinka ermordet. Thematisiert werden in der Villa Merländer u. a. die Machtergreifung, Antisemitismus, Rassismus und die Verfolgung von Juden vor Ort. Die Gedenkstätte wird von der Stadt Krefeld und einem Förderverein unterstützt. *zab/sam*

Porträt: Jens Geyer (SPD)

Langeweile kommt bei Jens Geyer selten auf. „Das ist manchmal schon eine kleine logistische Herausforderung, alles unter einen Hut zu bringen“, sagt er. Denn neben dem Landtagsmandat und den Verpflichtungen im Wahlkreis ist der SPD-Politiker auch noch Betriebsratsvorsitzender bei einem Pharmaunternehmen in Monheim. Doch auch wenn der Terminkalender meist voll sei und die Zeit für private Dinge begrenzt, die Arbeit abseits des Parlaments mache Spaß. „Man ist sehr nah bei den Menschen und bekommt direkt mit, was sie für Sorgen und Probleme haben. So hautnah kommt die Politik sonst nicht dran.“ Der 53-Jährige spricht von einer „Erdung“ und dem „Boden der Tatsachen“, auf dem er dadurch bleibe. „Denn hier im Landtag ist man ja doch irgendwie in einer Wolke der Glückseligkeit. Das wahre Leben spielt sich hier nicht ab“, sagt der freigestellte kaufmännische Angestellte.

Seit 2012 ist Jens Geyer Mitglied des Landtags. Damals gewann er den Wahlkreis Mettmann I überraschend gegen seinen Kontrahenten und Mandatsinhaber von der CDU. „Da hatte ich vorher nicht mit gerechnet“, erinnert sich Geyer. Die Politik wurde schlagartig zum Beruf. Zuvor war Geyer kommunal aktiv gewesen. Zwischen 1990 und 1994 war er Jusokreisvorsitzender in Mettmann und saß von 2005 bis 2011 im Rat der Stadt Monheim. Dem SPD-Ortsverein in Monheim stand Geyer von 2007 bis 2010 vor. Eine klassische „Parteikarriere“ könnte man sagen. In die SPD eingetreten ist er schon früh. Im Jahr 1979 – mit 16 Jahren – entschied sich der damalige Schüler für die Sozialdemokraten. Das familiäre Umfeld hatte ihn geprägt. „Außerdem überzeugten mich die Grundwerte der Partei wie Chancengerechtigkeit und Solidarität.“

Bereut hat Geyer seine Entscheidung nicht. „Natürlich gibt es auch Momente des Zweifelns. Es ist doch ganz normal, dass man nicht immer zu 100 Prozent hinter einer Partei steht und andere Ideen hat. Aber solange die Gesamtrichtung stimmt, ist alles gut“, sagt er selbst. Andere Vorstellungen als seine Partei hatte Geyer vor Jahren, als es um die Einführung des sogenannten Kommunal-Solis ging. Seine Wahlkreisstädte Hilden, Langenfeld und Monheim sollten einen großen Anteil an den Hilfgeldern für klamme Kommunen zahlen. In der Summe zu viel – fand Geyer und kämpfte für seine Leute vor Ort und gegen die Pläne der Landesregierung. „Als Abgeordneter sollte man schon die Interessen des Wahlkreises vertreten – selbst wenn es dann gegen die Partei ist“, sagt er. Am Ende müsse es aber einen Ausgleich aller Interessen geben. Mit dem damals gefundenen



Kompromiss, die Summe der Abgaben zu halbieren, könne er leben. „Ich finde im Moment auch keine andere Antwort als diesen Kommunal-Soli. Für eine ganz neue Finanzierung der Kommunen bräuchte es alle Bundesländer und den Bund. Das bekommen wir hier alleine in NRW nicht hin.“

Auf der einen Seite die Interessen der Wählerinnen und Wähler vor Ort und auf der anderen Seite das Wohlergehen des Landes – Geyer hält es für nötig, beides im Blick zu halten. „Da kommt wohl der Betriebsrat wieder raus, der auch vermitteln muss“, sagt er. Wichtig sei, den Leuten die Sachen transparent zu erklären. „Natürlich mag jeder gerne einfache Antworten. Bei komplexen Dingen funktioniert das aber nicht immer. Da müssen wir Politiker, aber auch die Bürger selbst, sich manchmal etwas mehr Zeit nehmen.“

Zeit genommen hat sich der zweifache Familienvater auch, um sich in die Themen im Landtag einzuarbeiten. Als Mitglied im Ausschuss für Schule und Weiterbildung, dem Innenausschuss sowie dem Ausschuss für Europa und Eine Welt muss Geyer eine Bandbreite von Fachgebieten abdecken. Seinen Schwerpunkt sieht er selbst im Bereich Inneres. Geht es um Europa, zeigt sich trotz all der momentanen Schwierigkeiten die feste europäische Überzeugung. „Europa ist nach wie vor die Zukunft. Ich fände eine Arbeit im Europäischen Parlament wesentlich spannender als im Bundestag. Auf lange Sicht wird dort die Musik spielen“, ist sich Geyer sicher. Ambitionen zu wechseln hegt er aber nicht. Bei der Landtagswahl im kommenden Jahr möchte der SPD-Mann seinen Wahlkreis wieder gewinnen. Eine Prognose, wie es dann politisch in NRW weitergeht, wagt er nicht. „Die Politik ist so schnelllebig geworden. Alles ist möglich.“ *Christian Wolf*

Kurz notiert

Besucherzentrum

Das Besucherzentrum des Landtags ist nach Ende der parlamentarischen Sommerpause wieder an den Wochenenden geöffnet. Interessierte lernen samstags und sonntags jeweils von 11 bis 17 Uhr auf einer 240-Grad-Panorama-Leinwand die Arbeit von Landtag und Abgeordneten kennen. An acht Stelen können sie darüber hinaus interaktiv Informationen über verschiedene Aspekte der parlamentarischen Arbeit abrufen. Es besteht auch die Möglichkeit, den Landtag individuell zu besichtigen. Jede Stunde wird zudem eine rund 45-minütige Besichtigungstour angeboten. Der Besuch ist kostenfrei. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Besucherwochenenden werden jeweils freitags auf der Internetseite des Landtags angekündigt unter www.landtag.nrw.de.

Rote Couch

Noch bis 9. Oktober 2016 ist in der Wandelhalle des Landtags eine Ausstellung der NRW-Stiftung zum 70. Geburtstag des Landes NRW zu sehen. Der Fotokünstler Horst Wackerbarth war ein Jahr lang mit einer roten Couch durch das Land gereist und hatte Fotoporträts angefertigt, die landestypische Themen, Menschen und Orte vorstellen. Viele dieser Orte sind von der NRW-Stiftung, die in diesem Jahr ihren 30. Geburtstag feiert, geförderte Natur- und Kulturprojekte. Im Landtag werden rund 30 Motive gezeigt, wochentäglich von 11 bis 17 Uhr. Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 0211-884 2129 oder per E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Abschied von Walter Scheel

Der Landtag Nordrhein-Westfalen trauert um seinen früheren Abgeordneten, Bundespräsident a. D. Walter Scheel. Der FDP-Politiker war am 24. August 2016 im Alter von 97 Jahren gestorben. Er hatte dem nordrhein-westfälischen Parlament von 1950 bis 1954 angehört. Scheel war am 8. Juli 1919 in Solingen geboren worden. Von 1961 bis 1966 war er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, von 1969 bis 1974 Außenminister und Vizekanzler und von 1974 bis 1979 Bundespräsident.

Gestorben

- 10.7. Dr. Katharina Focke, Bundesministerin a.D. (SPD/93) MdL 1966-1969
- 5.8. Franz Riscop (CDU/82) MdL 1980-2000
- 24.8. Walter Scheel, Bundespräsident a.D. (FDP/97) MdL 1950-1954



Die richtigen Antworten ...

... auf die 12 Fragen des Landtags-Quiz aus Ausgabe 3/2016 von Landtag Intern haben Hunderte Leserinnen und Leser herausgefunden: Hammelsprung. Der Hammelsprung ist ein parlamentarisches Abstimmungsverfahren. Es kommt dann zum Einsatz, wenn in Plenarsitzungen bei Abstimmungen per Handzeichen kein eindeutiges Ergebnis festgestellt werden kann. Dann verlassen alle Abgeordneten den Plenarsaal und betreten ihn wieder durch eine seiner drei Türen. Sie wählen die Tür mit derjenigen Aufschrift, die ihrer Abstimmungsentscheidung entspricht: Ja, Nein oder Enthaltung. Dabei werden alle Abgeordneten beim Durchschreiten einer Tür gezählt und man erhält ein eindeutiges Abstimmungsergebnis.

Die Gewinner sind ...

Das rege Interesse an Land und Landtag, das historische Wissen bzw. die Recherchefähigkeiten zeigen: Landtag Intern hat eine besondere Leserschaft. Aus den vielen Zusendungen galt es, fünf Gewinnerinnen oder Gewinner zu ziehen, die am 5. Oktober 2016 als geladene Gäste am feierlichen Festakt zu 70 Jahren Landtag Nordrhein-Westfalen teilnehmen. Das Los hat entschieden. Freuen dürfen sich Holger Bendt aus Düren, Theodor Borringo aus Hagen, Hannes G. Karlisch aus Düsseldorf, Birgit Nümann aus Bielefeld und Dr. Hermann Wilhelm aus Bochum. Herzlichen Glückwunsch!

Foto: Schälte